

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Klaus Ernst, Jan van Aken, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Nicole Gohlke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Harald Weinberg und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Gipfel Östliche Partnerschaft am 21./22. Mai 2015 in Riga, zum G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau und zum EU-CELAC-Gipfel am 10./11. Juni 2015 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Am 7. und 8. Juni 2015 treffen sich die Staatsefs von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und der USA als „G7“ im bayerischen Schloss Elmau. Wie seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 üblich, ziehen sich die Staatsefs in ein entlegenes Idyll zurück – fernab der Probleme der Menschen, die sie regieren, und fernab der zu erwartenden Proteste. In den G7-Treffen drückt sich die Anmaßung aus, die großen westlichen Industrieländer seien befugt, Entscheidungen zu zentralen Fragen der globalen Entwicklung zu treffen. Durch den Ausschluss Russlands wurde das Format von G8 auf G7 verkleinert. Damit wurde noch deutlicher, dass es der G7 in erster Linie um die Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen gegen den Rest der Welt geht. Auch wenn die Dominanz der G7/G8 in den letzten Jahren insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht durch konkurrierende Industrie- und Schwellenländer geschwächt wurde, bleibt ihre militärische Dominanz unangefochten und hat sich die Ausrichtung ihrer Politik nicht grundlegend verändert. Von Afghanistan über Irak und Syrien bis Libyen hat die krieglerische Außenpolitik der G7-Staaten in den Ländern des Südens Verwüstung und millionenfaches Leid verursacht. Ihre wirtschaftlichen Interessen setzen die G7-Staaten ohne Rücksicht auf die Entwicklungsinteressen der Länder des Südens durch. Die Folgen des Klimawandels, dessen historische Schuld zum Großteil die Industrieländer tragen, sind besonders stark in den Ländern des Südens zu spüren, verschärfen Konflikte und führen schon heute zu Millionen von Klimavertriebenen.
2. Auch wenn die G7 ihren Gipfel auch dieses Mal wieder entwicklungspolitisch bemänteln, so sind doch alle G7-Staaten an den großen Freihandelsprojekten beteiligt, die derzeit vorbereitet werden: TTIP (EU–USA), CETA (EU–Kanada), TPP (USA–Ostasien) und das Dienstleistungsabkommen TiSA. Die Abkommen

werden zugunsten der Konzerne und gegen die Interessen der Lohnabhängigen und Verbraucher, gegen Umweltschutz und Demokratie und zum Schaden der Länder des Südens vorangetrieben. Die G7-Staaten wollen darin die weitere Liberalisierung des Welthandels vorantreiben und in Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge vordringen, die in der Welthandelsorganisation (WTO) bislang nicht verhandelbar waren. Länder des Südens, die sich dieser neoliberalen Agenda in der WTO oder in bilateralen Verhandlungen bislang widersetzt haben, werden mit TTIP, CETA, TPP und TiSA noch stärker als bisher unter Druck geraten, Forderungen nach mehr Liberalisierung und mehr Investorenschutz zuzustimmen, auch wenn diese ihre entwicklungspolitischen Handlungsspielräume erheblich einschränken. Anderenfalls riskieren sie, Marktanteile im globalen Handel zu verlieren.

3. Der Abschluss bi-regionaler Freihandelsabkommen hat auch eine geostrategische Komponente. Die Abkommen integrieren zwar die beteiligten Wirtschaftsräume untereinander. Für Drittstaaten wirken sie jedoch ausschließend. Das ist beabsichtigt. Sowohl US- als auch EU-Vertreter haben wiederholt hervorgehoben, dass die Abkommen das Vordringen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, VR China, Südafrika) auf dem Weltmarkt eindämmen sollen. Sie führen mithin zu einer konfrontativen wirtschaftspolitischen Blockbildung und tragen damit auch zur Gefährdung des Weltfriedens bei.
4. Mit dem Ausschluss Russlands haben sich die G7 auf eine neue, hoch gefährliche Konfrontationspolitik im Ukraine-Konflikt festgelegt. Nun soll auf dem Gipfel ohne Russland über den Ukraine-Konflikt beraten werden. Damit handeln die G7 in derselben Logik wie die NATO, die ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als ein Dialog mit Russland am nötigsten war, die Kooperation im Rahmen des NATO-Russland-Rates suspendierte. Die Bundesregierung hätte als Gastgeberin des Gipfels und amtierende G7-Präsidentin ein Zeichen setzen, Russland wieder als Partner einladen und damit Deeskalationssignale an Russland senden sollen. Damit wäre nicht die G7/G8 legitimer geworden. In Zeiten der allgegenwärtigen Kriegsgefahr muss aber jeder Ort für Dialog und Verständigung gesucht werden. Ein dauerhaftes Friedenssystem in Europa wird es ohne Aussöhnung mit Russland nicht geben.
5. Die G7-Staaten repräsentieren lediglich 10 Prozent der Weltbevölkerung. Ihre Treffen im Format der G7/G8 entbehren demokratischer Legitimation, etwa durch völkerrechtlich verbindliche Verträge oder durch eine Beauftragung durch die Vereinten Nationen (VN). Sie leiten ihr politisches Mandat einzig aus ihrer vermeintlichen wirtschaftlichen Überlegenheit ab. Das Format soll abgeschafft, die entwicklungs-, handels-, finanz-, wirtschafts- und umweltpolitischen Kompetenzen der VN müssen gestärkt werden, damit dort die zukunfts wichtigen Entscheidungen unter Beteiligung aller 193 Mitgliedstaaten getroffen werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Debatte zur Auflösung der G7/G8 und der Überführung der von den G7/G8 beanspruchten Entscheidungskompetenzen in die Strukturen der Vereinten Nationen zu beginnen,
2. in den internationalen Organisationen und auch auf dem diesjährigen G7-Treffen darauf hinzuwirken, dass die bestehenden völkerrechtlich legitimen internationalen Organisationen – hier zuerst die Vereinten Nationen und die OSZE – politisch, strukturell und finanziell gestärkt werden,
3. anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Vereinten Nationen und des 40-jährigen Bestehens der OSZE/KSZE auf den anstehenden verschiedenen Festakten die Bedeutung und Relevanz dieser legitimen völkerrechtlichen Organisationen zu betonen,

4. in den Vereinten Nationen, bei der OSZE, aber auch auf dem G7-Gipfel für einen neuen Dialog mit Russland einzutreten, innerhalb der NATO darauf hinzuwirken, dass eine weitere Osterweiterung des Bündnisses ausgeschlossen wird, und innerhalb der EU Initiativen für eine neue dialogorientierte EU-Osteuropa-Nachbarschaftspolitik anzustoßen und
5. sich in der EU gegen die Weiterverhandlung des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens mit den USA, TTIP, und des globalen Dienstleistungsabkommens TiSA auszusprechen und im Rat das Verhandlungsergebnis der EU-Kommission zu CETA abzulehnen und für diese Position bei den anderen EU-Regierungen sowie gegenüber dem EU-Parlament zu werben.

Berlin, den 19. Mai 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

